

Politik, die uns Frauen interessiert

Autor(en): **Widmer, Emilie**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **2 (1946)**

Heft 8

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-846265>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

„Gebt uns das Recht, die ganze Pflicht zu tun“

J. Oettli, Meilen

(Aus unserem Slogan Wettbewerb 1946)

Politik, die uns Frauen interessiert

Votum von Frau Emilie Widmer anlässlich des Vortrages von G. Duttweiler „Soll der Mehr-Lohn wieder durch den Mehr-Preis verschlungen werden?“ 11. Juli 1946, Kongresshaus Zürich.

Vor allem möchte ich Herrn Duttweiler danken, dass er durch seinen Vortrag uns Frauen über die Misstände im Zoll- und Wirtschaftswesen aufmerksam gemacht hat. Wenn wir uns vor Augen halten, dass der grösste Teil der Bedürfnisse der Familie durch den Einkauf der Frau befriedigt wird, dass diese Einkäuferinnen in der Schweiz ungefähr eine Million betragen und schon vor dem Kriege einen Umsatz von über 6 Milliarden Franken bewirkt haben, so ist es doch gewiss allen Anwesenden unbegreiflich, dass die Schweizerfrau auf die Preisgestaltung keinerlei direkten Einfluss hat.

Sie ist bei allen Massnahmen des Staates, die den Konsum betreffen, mag es um die Probleme der Aussenhandelspolitik oder des Binnenhandeln gehen, von jeder Mitwirkung ausgeschlossen, trotzdem sie als Verwalterin eines grossen Teils des gesamten Volksvermögens eine gewaltige Verantwortung dem Staat gegenüber hat. Wie gerne würde die Hausfrau ein Mitspracherecht ausüben bei der Ansetzung der Ein- und Ausfuhrzölle, der Waren- und Luxussteuern, hängt doch ihr Lebensstandard weitgehend von diesen Fragen ab. Wieviel Erleichterung würde es für zahlreiche Familien bedeuten, wenn an Stelle der Warenumsatzsteuer eine gerechtere Handhabung der direkten Steuern träte.

Wenn wir hören, dass in der Preiskontrollkommission in Bern, die ca. 25 Mitglieder umfasst, eine einzige Frau sitzt, so müssen wir Frauen und Mütter verlangen, dass die einseitige Machtpolitik der Männer, die

Die schrankfertige, gediegene
Brautaussteuer vom Spezialgeschäft

Albrecht Schlápfer

Zürich, Linthescherplatz nahe Hauptbahnhof Tel. 23.57.47

nur selten das gesamte Volkswohl im Auge hat, meistens aber immer ihre Interessensphären vertritt, durch Zuziehung weiterer Frauenkreise normalisiert wird.

Stillschweigend mussten wir Frauen während den Kriegsjahren zusehen, wie die Preise für entbehrliche alkoholische Getränke tief gehalten wurden und wie vollwertige Nahrungsmittel, wie Gerste und Malz in Notzeiten diesem Industriezweig zugeführt wurden. Heute hörten wir, dass auf alkoholischen Getränken der Zoll bedeutend niedriger ist als auf Fruchtsäften, Cornesflakes etc. Dies alles konnte und kann nur geschehen, weil wir Frauen immer noch Bürger zweiten Ranges sind, d. h. wir haben kein Stimmrecht und können uns deshalb nicht wirksam wehren.

Wir Städter gönnen dem Bauern bestimmt eine gerechte Bezahlung seiner Produkte, einer erneuten Erhöhung des Milchpreises können wir aber auf keinen Fall zustimmen. Wir müssen dem hohen Bundesrate auch von Frauenseite aus klar machen, dass eine weitere Preissteigerung der lebensnotwendigen Nahrungsmittel für den grössten Teil des Volkes einfach nicht mehr tragbar ist.

Die Tagespresse meldet

Neuer Kampf um den Milchpreis. Die westschweizerischen Milchverbände haben bereits an einer anfangs Juni in Lausanne abgehaltenen Tagung, den Beschluss gefasst, an den Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten eine motivierte Eingabe zu richten, worin die Erhöhung des Milchpreises um vier Rappen gefordert wird. Die Preiserhöhung soll ohne Verzug, d. h. spätestens auf den 1. August in Kraft treten. In der Begründung wird ausgeführt, „dieser Preis bedeute das Minimum, was gegenwärtig notwendig sei, um die normalen Produktionskosten zu decken, ohne den besonderen Bedürfnissen der durch Trockenheit und Frost schwer geschädigten Gebiete Rechnung zu tragen“.

Der Leitende Ausschuss des Schweizerischen Milchproduzentenverbandes nahm Ende Juni, wie die Verbandspresse meldet, von der Eingabe der westschweizerischen Milchverbände, die rund 37 000 Milchproduzenten vertreten, offiziell Kenntnis. Die von verschiedenen Votanten vorgebrachten mündlichen Ergänzungen, so wird berichtet, hätten keinen Zweifel über den Ernst der Situation gelassen. Die Produktionsverhältnisse seien durch die Witterung ausserordentlich erschwert. Dazu kämen noch die durch den Mangel an Knechten und Dienstboten bewirkte ständige Erhöhung der Arbeitskosten. Nach einem längeren, zum Teil recht lebhaften Meinungsaustausch beschloss der Leitende Ausschuss die Einberufung des Gesamtvorstandes zur Behandlung der Angelegenheit. 6. VII. 46.

Der Gesamtvorstand hat nach gründlicher Beratung beschlossen, an das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement zu gelangen, um eine